

CONV 313/02

WG X 6

VERMERK

des	Sekretariats
für	die Gruppe X "Freiheit, Sicherheit und Recht"
<u>Betr.:</u>	<u>Kurzniederschrift über die Sitzung am 25. September 2002</u>

Am 25. September 2002 fand von 11.00-13.00 Uhr und 15.00-18.00 Uhr die zweite Sitzung der Gruppe X "Freiheit, Sicherheit und Recht" statt; den Vorsitz führte das Mitglied des Präsidiums, Herr John Bruton. Eine Anwesenheitsliste mit den Namen der Mitglieder der Gruppe, die an der Sitzung teilgenommen haben, ist in der Anlage enthalten.

1. Bekämpfung der organisierten Kriminalität (aus Sicht der nationalen Polizeidienste)
 - Ausführungen von Herrn Patrick ZANDERS, Leiter der Föderalen Polizei (Belgien)
 - Ausführungen von Herrn John ABBOTT, Leiter der Nationalen Kriminalpolizeilichen Informationsstelle (National Crime Intelligence Service – Vereinigtes Königreich), gefolgt von einem Gedankenaustausch.

Vorab erklärte der Vorsitzende, dass jenen Fragen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse, die Vertragsänderungen erforderlich machen.

Die Herren Zanders und Abbott brachten in ihren Ausführungen unter anderem Folgendes zur Sprache ¹:

- Beide Experten äußerten ähnliche Ansichten über die derzeitige Kriminalitätssituation in ihren Ländern und Europa sowie über die Prioritäten ihrer jeweiligen Dienststellen, darunter insbesondere die Bekämpfung von Terrorismus, Drogenhandel, Menschenhandel und illegaler Einwanderung, Pädophilie, Betrugsdelikten im Rahmen einer kriminellen Vereinigung und Geldwäsche.
- Herr Abbott hob in diesem Zusammenhang mehrere Aspekte der heutigen Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität hervor: Er erklärte unter anderem, dass die organisierte

¹ Alle in der Sitzung gehörten Experten erklärten, dass sie sich im Rahmen persönlicher Stellungnahmen äußerten.

Kriminalität schnell auf sich verändernde "Marktbedingungen" reagiere, indem sie neue Kriminalitätsbereiche erschließe (beispielsweise die in jüngster Zeit beobachtete rückläufige Tendenz beim Drogenhandel und die Zunahme des Menschen- und Zigarettenhandels), aus Rückschlägen lerne und sich die Vorzüge des freien Personen-, Waren- und Kapitalverkehrs innerhalb der Union zunutze mache. Herr Zanders wies insbesondere auf die von unbegleiteten Minderjährigen aus Osteuropa verübten Straftaten hin; Drahtzieher sind dabei OK-Gruppierungen, die auf diese Weise das Strafrecht zu umgehen suchen.

- Die beiden Experten würdigten die in den letzten Jahren verbuchten Fortschritte, erläuterten aber auch, welches ihrer Ansicht nach die Haupthindernisse für eine effizientere Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden in Europa sind.
- Beide Experten stellten die Probleme heraus, die sich aufgrund der verfahrensrechtlichen Unterschiede in den einzelnen Mitgliedstaaten ergeben (als Beispiel führte Herr Abbott unter anderem die Vorschriften für die Aufnahme und Zulässigkeit von Beweismitteln, den Einsatz von Informanten, Kronzeugen, die Weitergabe von Informationen, den Datenschutz usw. an). Herr Zanders kritisierte auch den Mangel an harmonisierten materiellrechtlichen Bestimmungen im Bereich des Strafrechts.
- Beide Experten brachten ihre Unzufriedenheit über die derzeitige Funktionsweise des Europol-Verwaltungsrates (dem sie als Mitglieder angehören) zum Ausdruck. Ihrer Ansicht nach ist der Verwaltungsrat mit juristischen Detailfragen überlastet und kann sich nicht in ausreichendem Maße auf die strategische Planung und die Festlegung von Prioritäten für Europol sowie die Überwachung der Leistung von Europol konzentrieren, was nicht zuletzt auf den halbjährlich wechselnden Vorsitz zurückzuführen ist. Die 15 Mitglieder des Verwaltungsrates vertreten viel zu häufig einzelstaatliche Standpunkte, statt eine gemeinsame europäische Perspektive zu wählen. Europol müsse selbst für die grundlegendsten Dinge allzu bürokratische Verfahren einhalten.
- Beide Experten bestätigten, dass die Effizienz Euopols dadurch beeinträchtigt wird, dass die Behörden der Mitgliedstaaten nicht ausreichend Informationen weiterleiten. Herr Abbott wies auch darauf hin, dass die für Europol geltenden Regeln unklar sind.
- Nach Ansicht beider Experten erfüllt die jüngst eingerichtete Task Force der Polizeichefs nicht die Aufgabe, die ihr der Europäische Rat (Tampere) zugedacht hat.
- Herr Zanders bedauerte, dass auf Unionsebene weder eine globale strategische Planung erfolgt, noch Prioritäten festgelegt werden und dass es keinen Rahmen für die multilaterale operative Zusammenarbeit zwischen den operativen Diensten der Mitgliedstaaten gibt. Seiner Ansicht nach werden dem Rat von den aufeinander folgenden Vorsitzen zurzeit viele einander überlappende und mitunter inkonsistente Initiativen unterbreitet. Andererseits gibt es Herrn Zanders zufolge keine entsprechenden Folgemaßnahmen und keine angemessene Durchführungskontrolle für die auf Unionsebene vereinbarten Maßnahmen. Herr Zanders meinte, dass die derzeitige Ratsstruktur im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit ineffizient ist, da in diesem Rahmen unterschiedslos zu viele verschiedene Aufgaben gleichzeitig erfüllt werden müssen.

- Nach Ansicht von Herrn Zanders bevorzugen die Mitgliedstaaten in zahlreichen Fällen auch weiterhin bilaterale gegenüber multilateralen Formen der operativen Zusammenarbeit, da diese in rechtlicher Hinsicht inflexibel und mit bürokratischem Aufwand verbunden seien.
- Die Experten unterbreiteten auch konkrete Vorschläge für künftige Verbesserungen:
- Herr Zanders schlug vor, dass der Rat einen strategischen "Sicherheitsplan" annimmt, in dem die allgemeinen Prioritäten im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung dargelegt werden und zudem ein angemessenes Verhältnis zwischen diesen Prioritäten und den erforderlichen Kapazitäten festgelegt wird. Herr Abbott forderte dazu auf, von einer Kooperation (in Form einer Ad-hoc-Reaktion auf die aufgezeigten Probleme) zu einer *ständigen* Zusammenarbeit und Koordinierung überzugehen.
- Beide Experten forderten eine verstärkte Harmonisierung oder Angleichung des Strafprozessrechts (bzw. – wie Herr Abbott in diesem Zusammenhang erwähnte – der "Arbeitsverfahren" und der "operativen Praktiken"). Außerdem sprach sich Herr Zanders für eine verstärkte Harmonisierung in prioritären Bereichen des materiellen Strafrechts aus, während Herr Abbott der gegenseitigen Anerkennung (bei gleichzeitiger Harmonisierung der Verfahren) als richtigem zukunftsweisenden Weg den Vorzug gab und nicht davon überzeugt war, dass es erforderlich ist, ein "europäisches föderatives Strafrecht" einzuführen.
- Herr Zanders schlug vor, eine klarere Unterscheidung zwischen den derzeit im Rat wahrgenommenen Aufgaben vorzunehmen und eine Doppelstruktur einzuführen, in der zwischen den Verfahren zur Festlegung des normativen Rahmens einerseits und einer Struktur für die operative Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und ihren Dienststellen auf der Grundlage förmlicher Zusagen andererseits unterschieden würde.
- Auf eine Frage nach der Aussicht auf ein "Europäisches FBI" hin räumten die beiden Experten ein, dass bestimmte Mängel gegen eine direkte Übernahme des amerikanischen Modells sprechen. Herrn Abbott zufolge würde dies eine EU-weit einheitliche Definition von Straftaten und Verfahren voraussetzen und die Gefahr in sich bergen, dass der direkte Kontakt zu den örtlichen Polizeikräften verloren geht. Er plädierte dagegen für eine umfassendere Ausschöpfung des Potenzials der bestehenden Strukturen. Für Herrn Zanders besteht ein bevorzugtes Modell für die weitere Entwicklung darin, es Europol zu ermöglichen, sich anstelle der rein unterstützenden Funktion, die es momentan innehat, verstärkt auf operative Aspekte auszurichten, um Ermittlungen zu koordinieren und eine federführende Rolle in gemeinsamen Ermittlungsgruppen zu spielen. Herr Zanders hält indes eine langfristige Entwicklung hin zu einer Art "Europäischem FBI" ebenso wie hin zu einer europäischen Staatsanwaltschaft für die richtige Lösung. Nach Ansicht von Herrn Abbott müssen die Konsequenzen der Schaffung einer solchen Staatsanwaltschaft eingehend analysiert werden.
- Beide Experten warnten vor dem Versuch, im Vertrag eine erschöpfende Liste von Straftaten festzulegen, die einer Harmonisierung bedürfen oder eine Zusammenarbeit auf Unionsebene erforderlich machen, da die Erfahrung zeigt, dass sich organisierte Kriminalität schnell von einem Bereich auf einen anderen verlagert und dass unablässig neue kriminelle Aktivitäten entwickelt werden. Die Maßnahmen der Union, und insbesondere die Tätigkeit Euopols, sollten auf die Bekämpfung organisierter bzw. schwerer Verbrechen im Allgemeinen gerichtet sein. Herrn Zander zufolge wäre es vorzuziehen, dass die Minister im Rat die Deliktsarten

festlegen, die auf Unionsebene vorrangig anzugehen sind. Diese Arten von Schwerverbrechen könnten schließlich harmonisiert werden.

- Beide Experten hoben hervor, dass engere Beziehungen zwischen Europol, Eurojust und der Task Force der Polizeichefs hergestellt und Überschneidungen und Doppelarbeit vermieden werden müssen.
- Herr Zanders erwähnte zudem, dass die Ausbildung der Polizeikräfte verbessert werden muss; er schlug diesbezüglich die Einrichtung einer echten Polizeiakademie vor.
- Herr Zanders erklärte, dass der "Vergemeinschaftung" der polizeilichen Zusammenarbeit aus seiner Sicht nichts entgegensteht.

2. Bekämpfung der organisierten Kriminalität (aus Sicht der europäischen Einrichtungen)

- Ausführungen von Herrn Jürgen STORBECK, Direktor von EUROPOL, gefolgt von einem Gedankenaustausch

Herr Storbeck ging in seinen Ausführungen und auf entsprechende Fragen der Mitglieder der Gruppe auf folgende Punkte ein:

- In seinem Überblick über die derzeitige Kriminalitätssituation und die Prioritäten Europols auf dem Gebiet der Kriminalitätsbekämpfung bestätigte Herr Storbeck die Informationen von Herrn Zanders und Herrn Abbott (siehe oben). Darüber hinaus erwähnte Herr Storbeck beispielsweise, dass sogar weniger schwere Arten von Kriminalität wie Einbruchsdiebstähle zunehmend von internationalen kriminellen Vereinigungen organisiert werden und dass die globale Zusammenarbeit zwischen mehreren Gruppen immer enger wird. In Bezug auf die prioritären Bereiche der Kriminalitätsbekämpfung in Europa bestätigte Herr Storbeck die Angaben der anderen Experten und erwähnte "Cyber-Kriminalität" und die Fälschung des Euro als zusätzliche Prioritäten im Rahmen der Tätigkeit von Europol.
- Herr Storbeck bestätigte die Problemanalyse von Herrn Zanders und Herrn Abbott betreffend die Hindernisse für ein effizienteres Tätigwerden von Europol und für eine intensivere polizeiliche Zusammenarbeit, hob aber auch die eindrucksvollen Fortschritte hervor, die Europol seit Aufnahme seiner Tätigkeit gemacht hat. Herr Storbeck erwähnte in diesem Zusammenhang das Telekommunikationssystem von Europol, die Europol-Analysen betreffend kriminelle Organisationen und die Einführung einer zentralisierten Informationsdatenbank, die Recherchen in Einzelfällen ermöglicht.
- Herrn Storbeck zufolge tendieren die Mitgliedstaaten nach wie vor dazu, zu viel Gewicht auf die nationale Souveränität in diesem Bereich zu legen; sie beharren insbesondere auf der Einstimmigkeit bei allen strategischen und sogar operativen und technischen Einzelfragen, die im Europol-Verwaltungsrat zur Sprache gebracht werden. Dies habe zur Folge, dass im Rahmen der europäischen polizeilichen Zusammenarbeit zu langsam auf neue Erscheinungsformen der Kriminalität reagiert werde, sowohl bei der Anpassung des rechtlichen Rahmens als auch in

Bezug auf praktische Fragen wie etwa die Ausbildung. Herr Storbeck bedauerte auch, dass Europol in 11 Sprachen arbeiten muss und dass es nicht lediglich eine Arbeitssprache gibt.

- Er beklagte die mangelnde Umsetzung, Kontrolle und Evaluierung der vom Rat gefassten Beschlüsse. Es gebe beispielsweise derzeit keinen Mechanismus, anhand dessen kontrolliert werden könne, ob die Mitgliedstaaten ihrer Verpflichtung, Europol Informationen zu übermitteln, nachkommen. Er betonte, dass die Weiterleitung von Informationen und Erkenntnissen für ein effizientes Tätigwerden von Europol unerlässlich ist.
- Herr Storbeck sagte, dass die einzelstaatlichen Prioritäten bei der Kriminalitätsbekämpfung, dass nicht immer miteinander kompatibel seien. Auf europäischer Ebene komme es gegenwärtig aufgrund der verschiedenen unlängst geschaffenen, miteinander konkurrierenden und nicht immer kompatiblen Systeme, Initiativen, Gremien und Datenbanken (Europol, Schengen, Olaf, Eurojust, verschiedene Netze usw.) zu viel Doppelarbeit. Er plädierte für eine Rationalisierung dieser verschiedenen Einrichtungen und Netze.
- Nach Meinung von Herrn Storbeck herrscht noch Unklarheit hinsichtlich der parlamentarischen Kontrolle über Europol; er erklärte, dass zu vielen einzelstaatlichen Parlamenten Rechenschaft abgelegt werden müsse. Eine verstärkte und effizientere demokratische Kontrolle würde auch im Interesse von Europol liegen. Der Vorschlag, die Kontrolle durch das Europäische Parlament ausüben zu lassen, stellt seines Erachtens eine mögliche Lösung dar.
- Herr Storbeck erklärte, dass die derzeitigen Verfahren zur Änderung des Europol-Übereinkommens und dessen diverse Durchführungsbestimmungen zu umständlich seien; viele wichtige Texte seien noch nicht in Kraft getreten, da sie noch nicht von allen Mitgliedstaaten ratifiziert worden seien. Seit zwei Jahren werde beispielsweise versucht, das Europol-Übereinkommen dahin gehend zu ändern, den Zwang aufgrund der Einstimmigkeitsregel zu lockern. Obwohl das derzeitige System eine gute Akzeptanz seitens der Mitgliedstaaten hinsichtlich der von ihnen ratifizierten Übereinkommen gewährleiste, halte er es doch für sinnvoll, wenn das Europol-Übereinkommen und dessen Durchführungsbestimmungen in einen Rechtsakt der Gemeinschaft umgewandelt würden, damit die erforderlichen Gesetzesänderungen schneller vorgenommen werden können.
- Herr Storbeck erklärte, dass Europol derzeit keine führende Rolle spiele, jedoch Einfluss auf die einzelstaatlichen Ermittlungen habe und sich daran beteilige; durch die Mitwirkung Euopols seien in jüngster Zeit einige wichtige Festnahmen erleichtert worden. Was die Aussichten auf eine stärker operative Rolle Euopols betrifft, so unterschied Herr Storbeck zwischen Ermittlungen, in deren Rahmen er sich eine wichtigere Rolle für Europol vorstellen kann (beispielsweise indem Europol die Befugnis zur Zeugenvernehmung erhält), und Exekutivbefugnissen (wie Einziehungsentscheidungen oder Haftbefehle), die weiterhin bei den einzelstaatlichen Behörden verbleiben sollten. Eine beträchtliche Ausweitung der Ermittlungsaufgaben Euopols würde allerdings die Frage aufwerfen, wer Europol aufseiten der Justiz kontrollieren und mit ihm zusammenarbeiten würde. Bei der Aussprache akzeptierte Herr Storbeck zwar, dass zunächst die vorhandenen Kooperationsinstrumente konsolidiert werden müssten, verteidigte jedoch das Ziel einer verstärkten Zentralisierung der polizeilichen Zusammenarbeit in Europa, sofern es dafür klare Regeln und Verantwortlichkeiten gibt. Er erklärte ferner, je

mehr operative Befugnisse Europol übertragen würden, umso notwendiger würde es, das Protokoll über die Immunitäten für Europol einer Überprüfung zu unterziehen; er fügte hinzu, dass Europol bislang noch nie seine Immunitäten geltend gemacht habe.

- Herrn Storbeck zufolge wären für einige Kriminalitätsbereiche, in denen eindeutig eine Lösung auf EU-Ebene notwendig ist, wie beispielsweise Betrug zum Nachteil der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften oder Euro-Fälschung, EU-Organe wie ein europäischer Staatsanwalt und/oder eine europäische Polizei durchaus angebracht.
3. Ausführungen von Herrn Michael KENNEDY, Präsident von EUROJUST
Ausführungen von Herrn Franz-Hermann BRÜNER, Generaldirektor des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung (OLAF), gefolgt von einem Gedankenaustausch

In seiner einleitenden Erklärung sprach Herr Kennedy unter anderem folgende Punkte an:

- Er erteilte Hintergrundinformationen zu Eurojust, und zwar ausgehend von den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (Tampere) bis hin zur förmlichen Einrichtung im März dieses Jahres und der bevorstehenden Verlegung des Sitzes nach Den Haag. In diesem Zusammenhang wies er auf die begrenzten Mittel von Eurojust hin (derzeit nur ein abgeordneter nationaler Experte im Sekretariat). Er erläuterte des Weiteren die praktische Funktionsweise von Eurojust als Kollegium nationaler Richter, Staatsanwälte und Polizeibeamter mit gleichwertigen Befugnissen. Er teilte mit, dass Eurojust bisher in rund 300 Fällen eingeschaltet wurde, von denen die Hälfte mit Terrorismus, Geldwäsche und Drogenhandel in Zusammenhang stand.
- Herr Kennedy beschrieb die Funktion von Eurojust als die eines "Schmiermittels" im System der europäischen justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen (die sich immer noch in erster Linie auf das Übereinkommen des Europarates über die Rechtshilfe in Strafsachen von 1959 stützt). Diese Aufgabe, nämlich die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden zu erleichtern, umfasst die konkrete Hilfeleistung beispielsweise bei der Abfassung von Rechtshilfeersuchen. Eurojust soll ferner die Koordinierung der von nationalen Staatsanwälten durchgeführten Ermittlungen und Strafverfahren verbessern. Herr Kennedy legte insbesondere Nachdruck darauf, dass Eurojust berechtigt ist, eine nationale Behörde um die Einleitung von Ermittlungen in speziellen Fällen zu ersuchen; dies könnte ein wirksames Instrument sein, da eine nationale Behörde, die ein solches Ersuchen ablehnt, dies gegenüber Eurojust begründen muss; letztere kann ihren Standpunkt in Bezug auf solche Fälle in ihren regelmäßigen Berichten publik machen.
- Herr Kennedy betonte, dass Eurojust dank seiner Zusammensetzung die Grenzen zwischen dem Common law und dem kontinentalen Rechtssystem überwinden kann (insbesondere die unterschiedlichen Rechtsstellungen von Polizeidiensten, Staatsanwälten und Untersuchungsrichtern usw.).
- Herr Kennedy kritisierte die derzeitigen Überlappungen zwischen den verschiedenen Einrichtungen (Europol, Eurojust und OLAF) und betonte, dass diese sich verstärkt untereinander koordinieren müssen.

- Herr Kennedy wies auf die praktischen Schwierigkeiten hin, die durch die unterschiedlichen Verfahrensvorschriften in den Mitgliedstaaten verursacht werden (unterschiedliche Überwachungsmechanismen, Vorschriften für die Beweiserhebung). Er plädierte dafür, dass die Union einen Rechtstext über die Beweiserhebung festlegt, mit dem gewährleistet wird, dass die im Rahmen einer Teamarbeit von Beamten aus mehreren Mitgliedstaaten erhobenen Beweise in allen betroffenen Mitgliedstaaten vor Gericht zulässig sind.

Herr Brüner ging in seiner einleitenden Erklärung unter anderem auf folgende Punkte ein:

- Er erteilte Hintergrundinformationen zur Aufgabe des OLAF und insbesondere zu dem Umstand, dass die Union über einen sehr umfangreichen eigenen Haushalt verfügt, der einem hohen Betrugsrisiko sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite ausgesetzt ist. Er wies darauf hin, dass die Einbußen zum Nachteil der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften sich jährlich auf schätzungsweise 3 Milliarden Euro belaufen.
- Der Rat beschloss im Jahre 1996, dass die Gemeinschaft über eine eigene Zuständigkeit für gemeinsam mit den Mitgliedstaaten durchgeführte administrative Untersuchungen verfügen sollte (Zuständigkeit, die zunächst von der UCLAF und seit 1999 vom OLAF wahrgenommen wird). Im Vertrag finden die finanziellen Interessen der Gemeinschaft als gemeinsamer Wert Erwähnung. Herrn Brüner zufolge stellt der Schutz von Europas Geld für die nationalen Behörden nicht immer eine Priorität dar und die vom OLAF untersuchten Dossiers werden in den einzelnen Mitgliedstaaten oft recht unterschiedlich behandelt. Viel zu wenige Ermittlungen des OLAF führen tatsächlich zu Gerichtsverfahren in den Mitgliedstaaten, und ihr konkreter Ausgang ist mitunter nur schwer in Erfahrung zu bringen. Es nimmt häufig zu viel Zeit in Anspruch, durch Betrug erlangte Gelder wiedereinzutreiben.
- Herr Brüner rief dazu auf, eine europäische Lösung zum Schutz der finanziellen Interessen der Union zu entwickeln. Das OLAF und Eurojust arbeiten zwar bereits zusammen, sind jedoch im Rahmen unterschiedlicher Säulen tätig; seiner Ansicht nach wäre für die Zukunft eine gemeinsame Lösung erforderlich. Herr Brüner verwies auf die europäische Staatsanwaltschaft, die von der Kommission vorgeschlagen wurde und zu der in der Woche zuvor eine Anhörung stattgefunden hatte und erklärte, diese stelle eine mögliche Lösung dar, die ein hochspezialisiertes Instrument biete.

Auf Fragen von Mitgliedern der Gruppe hin äußerten sich Herr Kennedy, Herr Olivier de Baynast, Vizepräsident von Eurojust (insbesondere zu Fragen im Zusammenhang mit den Zuständigkeiten von Eurojust) und Herr Brüner unter anderem wie folgt:

- Alle Redner traten für eine engere Zusammenarbeit zwischen Europol, Eurojust und dem OLAF ein.
- Herr Kennedy sagte, dass Eurojust nicht erfolgreich wirken kann, wenn die Mitgliedstaaten Fälle nicht aus eigenen Stücken an Eurojust verweisen, da Eurojust eine solche Verweisung nicht fordern kann. Er erwähnte des Weiteren den anstehenden Bericht von Eurojust, in dem mehr als 20 individuelle Hindernisse für eine effiziente Rechtshilfe in Strafsachen herausgestellt werden.

- Herr de Baynast erwähnte, dass sich für die Praktiker ein Problem hinsichtlich der Transparenz des europäischen Strafrechts stellt. Er forderte einen diese Rechtsvorschriften umfassenden "übergeordneten Text" und rief dazu auf, Europa verstärkt als gemeinsamen Rechtsraum zu definieren, dem sich alle Staatsanwälte in Europa verpflichtet fühlen müssen. Er plädierte ferner für die Schaffung einer soliden Rechtsgrundlage, die gewährleistet, dass Eurojust mit den erforderlichen Informationen versorgt wird, und für die Verankerung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung gerichtlicher Entscheidungen im Vertrag. Herr de Baynast sprach von einem "Problem der Rechtsinstrumente" und kritisierte dabei, dass die Mitgliedstaaten sich zurzeit bei Verhandlungen über Texte verausgaben, die dann weder ratifiziert noch umgesetzt werden.
- Herr Brüner betonte, dass es insbesondere im Lichte der Erweiterung erforderlich ist, in allen Mitgliedstaaten die Gleichbehandlung gerichtlicher Folgemaßnahmen in Betrugsfällen zum Nachteil des EU-Haushalts zu gewährleisten. Er vertrat die Auffassung, dass den einschlägigen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten aus dem Vertrag strikt nachgekommen werden muss.
- Herr Brüner bestätigte, dass er - im Gegensatz zu den Vertretern von Europol und Eurojust - weniger Schwierigkeiten mit dem Informationsfluss aus den Mitgliedstaaten habe, da nach den Gemeinschaftsregelungen eine rechtliche Verpflichtung zum Austausch von Informationen gegeben sei.
- Herr Brüner berichtete, dass die unterschiedlichen Definitionen von "Betrug" in den Mitgliedstaaten Schwierigkeiten aufwerfen, weil sich dadurch unter anderem die europaweite Meldung von Betrugsfällen problematisch gestaltet.
- Herr Brüner bestätigte, dass sein Amt bei seinen Untersuchungen völlig unabhängig von den Institutionen arbeitet. Herr Kennedy teilte mit, dass für die Eurojust-Mitglieder das jeweilige einzelstaatliche Rechtssystem, in dessen Rahmen sie arbeiten, ausschlaggebend für das Maß ihrer Unabhängigkeit sei.
- Was den Vorschlag für eine europäische Staatsanwaltschaft betrifft, so empfahl Herr Kennedy, eingehend zu analysieren, ob eine derartige Änderung überhaupt erforderlich ist; er erklärte insbesondere, dass es in der Praxis so gut wie keinen Unterschied gebe zwischen der Befugnis des europäischen Staatsanwalts, unmittelbar Ermittlungen zu führen, und dem bestehenden Recht von Eurojust, um Einleitung von Ermittlungen zu ersuchen. Das wichtigste Ziel sollte zunächst darin bestehen, dass Eurojust seinen Betrieb aufnimmt. Sollte jedoch eine europäische Staatsanwaltschaft aufgebaut werden, dann sollte dies nach Ansicht der Eurojust-Mitarbeiter auf der Grundlage von Eurojust geschehen.
- Sowohl Herr Kennedy als auch Herr Brüner bestätigten, dass eine rechtsverbindliche Grundrechtecharta im Rahmen ihrer praktischen Arbeit weder zu Änderungen führen noch Probleme aufwerfen dürfte.

**Liste der in der Sitzung am 25. September 2002
anwesenden Mitglieder**

- **Herr John BRUTON, Vorsitzender, Mitglied des Präsidiums**
 - **Herr Pat CAREY**
 - **Herr Josef CHABERT**
 - **Herr Alberto COSTA**
 - **Herr Ben FAYOT**
 - **Herr Jacques FLOCH**
 - **Herr David HEATHCOAT AMORY**
 - **Herr Oskaras JUSYS**
 - **Herr Jürgen MEYER**
 - **Frau Marie NAGY**
 - **Frau Androula VASSILIOU**
 - **Herr Antonio VITORINO (Herr Michel PETITE)**
-